Lage der Unternehmensfinanzierung

Anhaltendes Wirtschaftswachstum bei guter Finanzierungssituation

August 2017

Für Unternehmen in Deutschland gestaltet sich die Finanzierungssituation weiterhin sehr günstig. Kredite sind für viele Unternehmen vergleichsweise leicht und zu außergewöhnlich günstigen Zinsen zu bekommen. Die Effektivzinsen für Unternehmenskredite blieben auch im 2. Quartal 2017 weiterhin auf historisch niedrigem Niveau. Eine Änderung der Leitzinsen ist in diesem Zusammenhang aus heutiger Sicht noch bis weit ins nächste Jahr hinein unwahrscheinlich. Der Bankenverband bekräftigt seine Empfehlung, die unerwünschten Nebenwirkungen der Negativzinspolitik mit einem Freibetrag für die Überschussliquidität der Geschäftsbanken zu reduzieren.
Die Wirtschaft in Deutschland ist im 2. Quartal dieses Jahres erneut kräftig gewachsen. Im weiteren Jahresverlauf sollte sich der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland fortsetzen. Dafür sprechen unter anderem die Stimmungsindikatoren, die im Frühsommer teilweise auf historische Rekordstände gestiegen sind.

Konjunktur

Anhaltend hohes Wachstum

Beschleunigtes Wirtschaftswachstum setzt positiven Jahresstart fort. **>> Seite 2**

Europäische Zentralbank

Expansive Geldpolitik mit Nebenwirkungen

Eine Entscheidung der EZB wird nach der Sommerpause erwartet. Die Nebenwirkungen der Negativzinsen sollten mittels Freibetrag gedämpft werden, fordert der Bankenverband. **>> Seite 3**

Bundesbank

Kreditnachfrage im 2. Quartal 2017

Laut der aktuellen Kreditnehmerstatistik der Bundesbank stieg das Gesamtvolumen der Kredite an Unternehmen im 2. Quartal 2017 erneut an. **>> Seite 5**

Finanzierungsbedingungen im 2. Quartal 2017

Die Kreditvergabebedingungen für Unternehmen sind weiterhin sehr günstig. **>>Seite 6**
Zinssätze für Unternehmenskredite liegen auf sehr niedrigem Niveau. **>> Seite 7**

Anhaltend hohes Wachstum

Die deutsche Wirtschaft ist auch im zweiten Quartal dieses Jahres kräftig gewachsen. Mit einer preis-, kalender- und saisonbereinigten Zuwachsrate von 0,6 % gegenüber dem Vorquartal war das Plus bei der gesamtwirtschaftlichen Leistung fast so hoch wie im besonders starken ersten Quartal (+0,7 % ggü. Vorquartal).

Getragen wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland von einer sehr robusten Binnennachfrage. Der von einer unverändert freundlichen Arbeitsmarktentwicklung und einer weiterhin moderaten Preis-steigerung angetriebene private Konsum bleibt dabei die zentrale Stütze der Inlands-nachfrage. Die privaten Konsumausgaben verzeichneten im zweiten Quartal 2017 mit einem Plus von 0,8 % gegenüber der Vorperiode das stärkste Quartalsplus seit fast sieben Jahren. Aber auch der Staatsverbrauch expandiert weiterhin überdurchschnittlich (+0,6 % ggü. Vorquartal). Als sehr solide erweisen sich ferner die inländischen Bau-investitionen. Und selbst bei den bisherigen Schwachpunkten der Binnenkonjunktur, den Ausrüstungsinvestitionen, scheint sich eine Besserung anzubahnen – erst recht, da die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe inzwischen relativ deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegt. Nimmt man das gesamte erste Halbjahr 2017 zusammen, dann liegen die Ausrüstungsinvestitionen (preis-, kalender- und saisonbereinigt) fast 3,5 % über dem Stand zum Jahresende 2016.

Positiv bemerkbar machen sich im deutschen Konjunkturbild jedoch auch die endlich wieder etwas Fahrt aufnehmende Weltwirtschaft sowie die zumindest im Euro-Raum gesunkenen politischen Risiken. In der Weltwirtschaft zieht in vielen Schwellenländern das Wirtschaftswachstum wieder etwas an, und die Konjunktur im Euro-Raum konnte im ersten Halbjahr 2017 positiv überraschen. Inzwischen ist in der gesamten Währungsunion in diesem Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 2 % zu rechnen – das wäre das stärkste Plus seit sieben Jahren. Hinzu kommt, dass auch die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum schneller abnimmt als prognostiziert. Im Spätsommer dürfte die Arbeitslosenquote im gemeinsamen Währungsraum wohl erstmals seit Anfang 2009 wieder unter die Marke von 9 % sinken. Das wären drei Prozentpunkte weniger als zum Höhepunkt der europäischen Staatsschuldenkrise, Anfang 2013.

Im weiteren Jahresverlauf sollte sich der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland fortsetzen. Dafür sprechen unter anderem die Stimmungsindikatoren, die im Frühsommer teilweise auf historische Rekordstände gestiegen sind. Aus heutiger Sicht wird das Tempo des Wirtschaftswachstums gleichwohl vor allem wegen der deutlichen Euro-Aufwertung in der zweiten Jahreshälfte etwas nachlassen. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der „Diesel-Affäre“ sollten hingegen sehr gering bleiben, wobei allerdings noch völlig offen ist, in welchem Umfang die Erträge der betroffenen Automobilkonzerne beeinträchtigt werden.

Bei einer leicht nachlassenden Wachstumsdynamik im zweiten Halbjahr würde sich für den Jahresdurchschnitt 2017 in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von gut 2 % ergeben.

Expansive Geldpolitik mit Nebenwirkungen

Nach der Sommerpause wird der EZB-Rat über die Fortführung des Aufkaufprogramms entscheiden. Aus heutiger Sicht ist es wahrscheinlich, dass der EZB-Rat (entweder auf seiner Sitzung am 7. September 2017 oder auf der Sitzung am 26. Oktober 2017) eine Reduktion des monatlichen Kaufvolumens ab Anfang 2018 beschließen wird. Im weiteren Verlauf des kommenden Jahres könnte das Kaufprogramm dann sogar auf null zurückgefahren werden. Eine Änderung der Leitzinsen erscheint aus heutiger Sicht in absehbarer Zeit wenig wahrscheinlich. So hat EZB-Präsident Draghi in seinem Pressestatement nach der jüngsten EZB-Ratssitzung unveränderte Leitzinsen bis weit nach einem möglichen Ende des Aufkaufprogramms in Aussicht gestellt. Dies würde bedeuten, dass der negative Einlagezins von -0,4 %, den Geschäftsbanken auf ihre Überschussliquidität bei der EZB entrichten müssen, mindestens bis Ende 2018 oder sogar noch darüber hinaus Bestand haben würde.

Auf die Geschäftsbanken wirken die Negativzinsen besonders ungünstig. Diese lassen sich – zumindest in der Breite – kaum an die Kunden weiterreichen. Die meisten Kunden würden höchst sensibel reagieren und ihre Einlagen von ihren Konten abziehen. Die Banken würden damit nicht nur langjährige Kundenbeziehungen und Geschäftsmöglichkeiten verlieren, auch ein wichtiges Scharnier und Informationsinstrument für die volkswirtschaftlichen Finanzströme würde wegfallen.

Im Gegensatz zu den Notenbanken ist die Nullzinsgrenze daher für Geschäftsbanken weiterhin gültig. Dies hat wiederum zur Folge, dass der negative Einlagezins der EZB im täglichen Geschäftsleben wie eine Sondersteuer für die Geschäftsbanken im Euro-Raum wirkt. Konkret bedeutet dies: Für die vor allem durch das Aufkaufprogramm der EZB auf inzwischen über 1,5 Bill. Euro angewachsene Überschussliquidität zahlen die Geschäftsbanken im Euro-Raum zurzeit jeden Monat eine halbe Milliarde Euro als „Gebühren“ beziehungsweise „Liquiditätssteuer“ an die EZB. Auf das Jahr hochgerechnet sind das gegenwärtig über 6 Mrd. Euro. Diese Sondersteuer entzieht den europäischen Banken Geld, das ihnen bei vordringlichen Aufgaben fehlt: Bei der Restrukturierung, beim Ausbau der Digitalisierung und bei der Stärkung der Kapitalbasis.

Die Belastung des europäischen Bankensektors durch die negativen Einlagezinsen ist somit eine der zahlreichen „uner wünschten Nebenwirkungen“ der extrem expansiven Geldpolitik, vor denen der Bankenverband schon seit längerem warnt. Um diese Risiken oder „Kollateralschäden“ zu begrenzen, empfiehlt der Bankenverband einen Freibetrag für die Überschussliquidität der Geschäftsbanken bei der EZB einzuführen, ähnlich, wie er in der Schweiz und in Japan bereits gewährt wird. Die Schweizer Nationalbank gewährt ihren Geschäftsbanken beim Negativzins beispielsweise einen Freibetrag in Höhe des 20-fachen des Mindestreserve-Solls, mindestens jedoch 10 Mio. Schweizer Franken pro Girokontoinhaber.

Der Einwand, dass die Banken durch einen Freibetrag die Kreditvergabe reduzieren und mehr Überschussliquidität halten würden, ist nicht plausibel. Zurzeit wird die Kreditentwicklung in der Währungsunion von der Nachfrageseite und der geringen Solvenz einiger Kreditnehmer gebremst. Die meisten Banken im Euro-Raum würden

auch ohne Negativzinsen sehr gerne mehr Kredite vergeben. Mit einem Freibetrag würde die gegenwärtige „Sondersteuer“ für die Banken im Euro-Raum zumindest reduziert. Die Banken könnten besser ihre Bilanzen stärken. Die Abschaffung der Sondersteuer durch Negativzinsen wäre auf jeden Fall ein positiver Beitrag zur Finanzstabilität und im Prinzip schon längst überfällig.

Kreditnachfrage im 2. Quartal 2017

Das Kreditneugeschäft mit inländischen Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen) hat sich im 2. Quartal 2017 erneut belebt. Das von Banken insgesamt ausgereichte Kreditvolumen lag 2,6 % über dem Vorjahreswert, sowie 0,8 % über dem Vorquartal. Bei den Kreditbanken war der Anstieg mit +2,6 % gegenüber dem Vorjahr erneut sehr deutlich.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (ohne Wohnungsbau und ohne Finanzierungsinstitutionen)				
Jahr	**Insgesamt***	**Kreditbanken**	**Sparkassen und Landesbanken**	**Genossenschafts-sektor**
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende in Mrd. €				
2013	856,96	219,27	376,43	167,74
2014 **	838,52	224,82	364,29	171,74
2015	844,40	230,68	368,13	173,83
2016	853,14	235,74	369,52	165,99***
1. Q. 2017	866,77	241,47	373,34	169,71***
2. Q. 2017	873,37	243,09	374,62	172,79***
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)				
2013	-1,5	-1,5	-2,0	+3,1
2014	+0,3	+3,2	-1,4	+3,7
2015	+0,9	+2,7	+/- 0,0	+4,1
2016	+1,3	+2,0	+0,3	+3,6***
1. Q. 2017	+1,7	+1,6	+1,4	+4,3***
2. Q. 2017	+2,6	+2,6	+2,1	+5,1***

Die Quartals- und Jahreszahlen spiegeln jeweils den letzten Tag des Berichtszeitraums wider (letzter Tag des Quartals bzw. des Jahres).

* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich: Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben.

** Bei den Bestandszahlen für das Kreditvolumen gab es im Dezember 2014 einen (statistischen) Sondereffekt, da die Bundesbank aufgrund der Umstellung der Meldeanforderungen der EZB (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG 2010) Umklassifizierungen beispielsweise bei Holding-Gesellschaften vornehmen musste. Die Differenz der Bestände spiegelt daher nicht die durch Transaktionen entstandenen Veränderungen wider. Diese sind in den (bereinigten) Veränderungszahlen dargestellt.

*** Statistischer Bruch aufgrund Fusion von DZ und WGZ Bank im Juli 2016. Bundesbank weist Position nicht mehr aus. Bestände der DZ-Bank gehen in Sammelposition „Banken mit Sonder- Förder- und zentralen Unterstützungsaufgaben“ auf.

Quelle: Deutsche Bundesbank, August 2017.

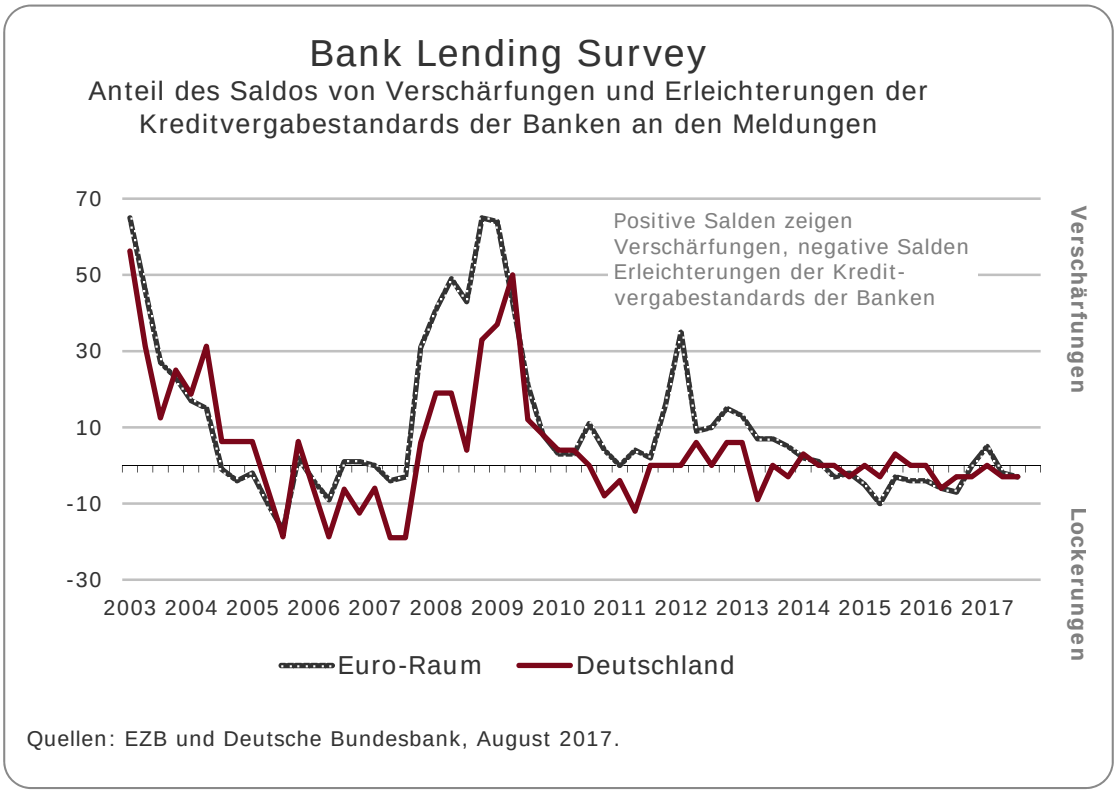
Finanzierungsbedingungen im 2. Quartal 2017

Die Ergebnisse der im 2. Quartal 2017 durchgeführten Umfrage im Rahmen des Bank Lending Survey der EZB unterstützen die Einschätzung einer weiterhin günstigen Finanzierungssituation für Unternehmen. So gaben die befragten Banken in **Deutschland** an, ihre **Kreditvergabe-bedingungen für Unternehmen** per Saldo geringfügig erleichtert zu haben.

Trotz leicht negativer Erwartungen in der Umfrage des 1. Quartals 2017 gaben auch die befragten Banken im **Euro-Raum** für das 2. Quartal 2017 an, ihre Kreditvergabe-bedingungen für Unternehmen geringfügig erleichtert zu haben (-3 % im 2. Quartal 2017, -2 % im 1. Quartal 2017).

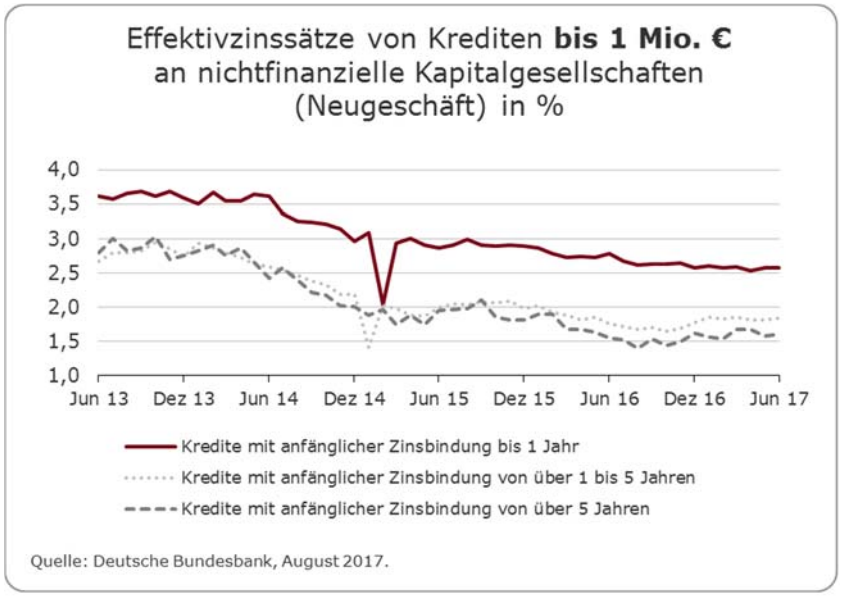
An der Kreditumfrage für das 2. Quartal 2017 nahmen 142 Banken aus dem Euro-Raum-Währungsgebiet teil.

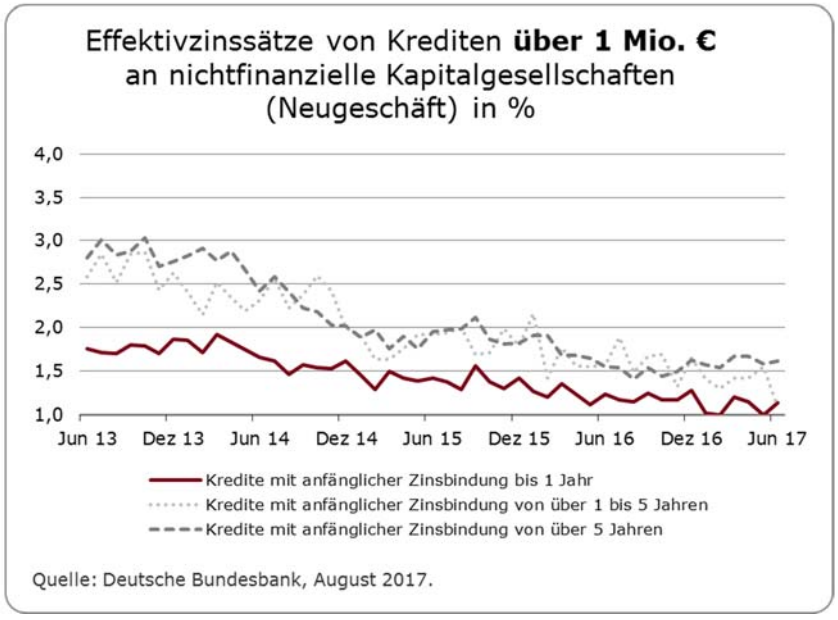
Diese Einschätzung bestätigen auch die jüngsten Umfragen des DIHK und der KfW. In der DIHK-Umfrage „Finanzierungszugang“ aus August 2017, in die aktuelle Ein-schätzungen von rund 20.000 Betrieben eingeflossen sind, bewerteten mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen die Finanzierungsbedingungen als „gut“.



Quellen: EZB und Deutsche Bundesbank, August 2017.

Die **Zinssätze für Unternehmenskredite** lagen auch im 2. Quartal 2017 weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. So zahlten Unternehmen Ende Juni 2017 im kurzfristigen Laufzeitbereich Zinsen in Höhe von 2,5 % für Kredite bis 1 Mio. € und 1,1 % für Kredite über 1 Mio. €. Die Zinsen für langfristige Kredite mit einer Laufzeit von über 5 Jahren lagen zuletzt bei 1,8 % beziehungsweise 1,6 %.





Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 040307, 10062 Berlin, Telefon +49 30 1663-0, Telefax +49 30 1663-1399,
E-Mail: bericht.unternehmensfinanzierung@bdb.de; V.i.S.d.P.: Dr. Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer;
Inhaltliche Verantwortung: Dr. Gabriele Fuchs, Bereichsleiterin Unternehmensfinanzierung
© Bundesverband deutscher Banken e.V. Der Bankenverband ist die Interessenvertretung der privaten Banken in Deutschland.